



SPD-BUNDESTAGSFRAKTION PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN

An alle  
Mitglieder der SPD-Bundestagsfraktion

Berlin 6. November 2009

## **Steuersenkungen und Wirtschaftswachstum**

Liebe Genossinnen und Genossen,

I.

**Die schwarz-gelben Koalitionsverhandlungen waren, zumindest in ihrer entscheidenden Phase, geprägt vom Streit über die zwar versprochenen aber auf seriöse Weise nicht finanzierbaren Steuersenkungen. Im Hintergrund der Auseinandersetzungen zwischen CDU einerseits und CSU/FDP andererseits leuchteten dabei immer wieder, mal ausdrücklich oder manchmal auch nur implizit, Aussagen, Annahmen oder auch bloße Unterstellungen zum Zusammenhang von Steuersenkungen, Wirtschaftswachstum und Haushaltsdefiziten auf.**

**Da uns diese Diskussion mit Sicherheit die kommenden Wochen und Monate, vielleicht sogar Jahre begleiten wird, möchte ich Euch im Folgenden einige Überlegungen zu den ökonomischen und politischen Aspekten dieses Zusammenhangs nahe bringen, entlang derer wir unsere eigene Position zu diesem zentralen politischen Streitthema schärfen und weiter entwickeln können.**

II.

Der tatsächliche Zusammenhang zwischen Steuersenkungen, wirtschaftlichem Wachstum und öffentlichen Defiziten ist offenkundig ziemlich komplex. Einfache „wenn, dann“-Schlüsse sind kaum zielführend. Die gestern verkündeten Ergebnisse der jüngsten Steuerschätzung zeigen das wieder einmal ganz deutlich: Obwohl der wirtschaftliche Einbruch in diesem Jahr nun glücklicherweise ja doch nicht ganz so stark ausgefallen ist, wie noch im Frühjahr – zum Zeitpunkt der letzten Steuerschätzung – angenommen, gehen die Schätzer jetzt gleichwohl für die Jahre 2009 und 2010 von einem insgesamt noch einmal abgesenkten Einnahmenvolumen für Bund, Länder und Gemeinden aus.

**POSTANSCHRIFT** PLATZ DER REPUBLIK 1 11011 BERLIN [WWW.SPDFRAKTION.DE](http://WWW.SPDFRAKTION.DE)

**BÜROANSCHRIFT** JAKOB-KAISER-HAUS RAUM 4.556 DOROTHEENSTRASSE 101 10117 BERLIN  
**TELEFON** (030) 227-750 97 **TELEFAX** (030) 227-761 97 **E-MAIL** [JOACHIM.POSS@BUNDESTAG.DE](mailto:JOACHIM.POSS@BUNDESTAG.DE)

**WAHLKREIS I** GABELSBERGERSTR. 15 45879 GELSENKIRCHEN  
**TELEFON** (0209) 145 758 **TELEFAX** (0209) 207 391 **E-MAIL** [JOACHIM.POSS@WK.BUNDESTAG.DE](mailto:JOACHIM.POSS@WK.BUNDESTAG.DE)

**WAHLKREIS II** GOLDBERGSTRASSE 1 45894 GELSENKIRCHEN  
**TELEFON** (0209) 311 16 **TELEFAX** (0209) 319 6999 **E-MAIL** [JOACHIM.POSS@WK2.BUNDESTAG.DE](mailto:JOACHIM.POSS@WK2.BUNDESTAG.DE)



Auch im internationalen Vergleich zeigt sich der Lagebefund äußerst breit gefächert: Es gibt Beispiele für Länder mit eher hohen Steuern, die trotzdem über längere Zeiträume ein vergleichsweise gutes Wachstum erzielen konnten (vor der Krise etwa Skandinavien, mit Abstrichen auch Frankreich), und auf der anderen Seite Fälle mit niedrigen Steuern und trotzdem langjährig schwachem Wachstum (etwa Japan seit den 90ern). Auf der anderen Seite konnten die USA lange Zeit ein niedrigeres Steuerniveau als in Europa mit tendenziell höheren Wachstumsraten verbinden.

Bei uns in Deutschland fiel wiederum hingegen eine für unsere Verhältnisse beachtliche Wachstumsrate in 2007 mit einer kräftigen Steuererhöhung (MwSt.) zu Beginn genau dieses Jahres zusammen.

**Kurzum: Der ökonomische Zusammenhang zwischen Steuern und Wachstum ist offenbar weder eindeutig in der Richtung noch monokausal.** Ein ideologisches Rezept, das wie weiland Ronald Reagan ein kurzschlüssiges „Steuern runter, Wachstum rauf, Staatseinnahmen rauf“ verspricht (die berühmte Laffer-Kurve), sollte daher mit Blick auf die tatsächlich zu erwartenden gesamtwirtschaftlichen Effekte nur mit äußerster Vorsicht genossen werden werden. Die praktische Erfahrung mit diesem Rezept lautete in den letzten 30 Jahren eher: „Steuern runter, Schulden rauf“ als einzig sicheres Ergebnis – während mit dem Wachstum, je nach den sonstigen Umständen, gleichzeitig die allerunterschiedlichsten Dinge passierten.

III.

**Politisch hat die neue schwarz-gelbe Regierung im Rahmen ihrer Koalitionsverhandlungen die beiden möglichen Umsetzungsvarianten ihrer Steuersenkungsideologie vorgeführt: Während die FDP und der bayerische Populismus-Flügel der CSU für ein völlig besinnungsloses „kräftig Steuern senken, dann kommt das mit dem Wachstum automatisch und das wiederum füllt die Staatskasse von ganz allein“ stritt, dominierten in der CDU die Stimmen, die erst auf besseres Wachstum warten wollten, um diesen Spielraum dann für kräftige Steuersenkungen zu nutzen.**

**Realitätstauglich ist keine dieser beider Varianten** – was nicht wirklich verwundert, da es sich schließlich ja um angewandte Ideologie, nicht aber um Handeln in einem gesicherten Ursache-Wirkungs-Zusammenhang geht.

**Die Methode des sofortigen „Steuern senken auf Pump“** führt aller praktischen Erfahrung nach unmittelbar in massive öffentliche Verschuldungsprobleme. Diese Variante angesichts der ohnehin schon erreichten Rekordstände auf diesem Gebiet – samt eingestandener Verletzung der internationalen Regeln – überhaupt in Erwägung zu ziehen, **zeugt von völliger Verantwortungslosigkeit.** Der Versuch diese Verantwortungslosigkeit in der Hektik der Koalitionsverhandlungen dann auch noch durch die Einrichtung eines Schattenhaushalts, zu kaschieren, **zeugt zusätzlich von Schamlosigkeit** und ist unter dem Protest der Öffentlichkeit zumindest vorerst gescheitert.

**Aber auch die vermeintlich verantwortungsvollere Variante, „Steuern senken, wenn das Wachstum Spielraum dafür lässt“, ist in der aktuellen Situation ein Akt der Realitätsverleugnung:** Sie führt dazu - auch das ist praktisch hinreichend erprobt (nicht zuletzt in Deutschland unter Helmut Kohl) –, dass die öffentlichen Haushalte zwar nicht in schlechten, wohl aber in den besseren Zeiten nachhaltig ruiniert werden: Anstatt in Aufschwungphasen die im vorherigen Abschwung unvermeidlich aufgelaufenen Defizite aus Steuermindereinnahmen und höheren Sozial-



ausgaben wieder abzubauen, werden im Aufschwung Steuergeschenke verteilt und **die Staatsschuld wächst treppenweise von einem Rezessionssockel zum nächsten, ohne dass je ein Ende in Sicht wäre.**

Denn auch das haben wir ja wohl ein für alle Mal gelernt: Wohllautende Versprechungen vom ewigen Wachstum und vom Ende der konjunkturellen Zyklen sind nichts als Märchen, die höchstens kurzfristig von monetären Überschwemmungen gespeist werden, die aber stets und zuverlässig dann enden, wenn die Notenbanken den Liquiditätshahn wieder zugehen. Oder aber sie enden, wenn – siehe subprime-Krise - sich an den Finanzmärkten die Erkenntnis breit macht, dass den gehandelten papiernen Werten in Wahrheit kaum noch deren Papierwert zukommt.

IV.

Mit der neuen Schuldenbremse haben wir in unserem Grundgesetz im letzten Frühjahr einen rechtlichen Mechanismus gegen diese dauernden Haushaltsbelastungen in guten wie in schlechten Zeiten eingeführt. Und es ist schon wirklich erstaunlich, wie gerade genau diejenigen, denen das verfassungsrechtliche Schuldenverbot gar nicht streng genug sein konnte – da gibt es wirklich schöne Zitate aus FDP und CSU -, nun schon vor ihrem Regierungsantritt diese Regeln mit einem überdimensionalen Schattenhaushalt aushebeln wollten.

**Vorausgesetzt, man würde die Schuldenbremse in Wort und Geist wirklich beachten** – was man von der neuen Regierung allerdings nicht unbedingt erwarten kann; ausdrücklich hat sie einen Prüfauftrag vereinbart, den Schattenhaushalt nun im kommenden Jahr zur Finanzierung der Defizite in der Arbeitslosenversicherung einzurichten – **gilt das Argument vom Steuersenkungsspielraum durch mehr Wachstum in absehbarer Zukunft überhaupt nicht mehr. Denn: Die Schuldenbremse besagt, dass aus jedem BIP-Punkt zusätzlichen Wachstums ein halber Punkt Schuldenreduktion bzw. Haushaltsbeschluss erwirtschaftet werden muss. Das ist die sogenannte Konjunkturkomponente.**

**Zudem muss das strukturelle Haushaltsdefizit des Bundes bis 2016 auf 0,35% des BIP abgebaut werden.** Dafür werden – wenn es sie denn überhaupt geben sollte, die von der Regierung erhofften zusätzlichen Wachstumsspielräume gebraucht. Steuersenkungen in nennenswertem Umfang sind da wirklich nicht drin.

**Die gleichwohl von der neuen Regierung als Teil des sogenannten Sofortprogramms zusätzlich beschlossenen Steuersenkungen erhöhen das strukturelle Ausgangsdefizit und ziehen zwangsläufig einen noch höheren Konsolidierungsbedarf in den Folgejahren nach sich. Will sagen: Die künftigen Haushaltsspielräume werden dadurch kleiner und nicht größer!**

V.

**Daher ist von der neuen Regierung auch zu erwarten, dass die unvermeidlichen Konsolidierungen in den nächsten Jahren umso kräftiger auf der Ausgabenseite der öffentlichen Haushalte stattfinden werden. Und auch aus diesem Blickwinkel lohnt sich noch einmal ein Blick auf die „Aktion Schattenhaushalt“.**

**Sollte es wirklich zu einem mit zusätzlichen Schulden finanzierten Sondervermögen zur Abdeckung der Defizite etwa der Arbeitslosenversicherung kommen, würde für die unver-**



**meidlichen Konsolidierungsanstrengungen in den Folgejahren erheblicher Druck in Richtung Sozialabbau entfaltet: Denn nicht die – weiterhin geplanten – unfinanzierbaren Steuergeschenke sind dann auf den ersten Blick verantwortlich für die zusätzlichen öffentlichen Schulden, sondern die Empfänger von Leistungen einer Sozialversicherung, für die sie zuvor jahrelang eigene Beiträge geleistet haben.**

Der Öffentlichkeit, sofern sie weiterhin vernehmlich mehr fiskalische Solidität von der Regierung einfordert, wird damit frühzeitig nahe gelegt, dass man dann eben Leistungskürzungen bzw. Beitragserhöhungen (von denen die Arbeitgeber dem Koalitionsvertrag entsprechend natürlich auszunehmen sind) als unvermeidlich hinzunehmen habe.

VI.

Es wird eine zentrale Aufgabe unserer Oppositionsarbeit sein, beides – das Aushebeln der zur Rückkehr auf einen haushaltspolitisch erforderlichen Konsolidierungskurs unverzichtbaren Schuldenbremse ebenso wie den zur Entlastung geplanten Angriff auf die Sozialversicherung – so gut es geht zu verhindern.

**Schwarz-gelb versucht erkennbar, insbesondere jetzt im Vorfeld der NRW-Wahl, von diesen ebenso unsoliden wie unsozialen Vorhaben mit populären Freigebigkeiten, etwa der Erhöhung von Kindergeld und Kinderfreibetrag oder der Anhebung der Schonvermögen beim ALG-II-Bezug, abzulenken und potenzielle Kritiker ihres Kurses regelrecht einzulullen.**

**Hier gilt es von Beginn an konsequent gegen zu halten und den Menschen zu sagen und zu zeigen, was wirklich ist.** Dabei sollten wir allerdings den Eindruck vermeiden, wir missgönnten ihnen etwa bessere Leistungen für ihre Kinder oder eine Erhöhung der Schonvermögen. Darum geht es uns nicht. Aber: Wir können doch wohl z.B. fragen, ob es nicht bessere und wichtigere Maßnahmen gibt, um gerade den Kindern und ihren Familien zu helfen, die von Armut betroffen oder bedroht sind.

Mit freundlichen Grüßen

*Ulrich Grottel*  
*Jochi Proß*